



BEAT FUCHS
Der Regierungsrat erklärt, warum es ein neues Bevölkerungsschutzzentrum in Oberdorf braucht. Seite 23

NIDWALDEN

OBWALDEN

NEUE LUZERNER ZEITUNG NEUE URNER ZEITUNG NEUE SCHWYZER ZEITUNG NEUE OBWALDNER ZEITUNG NEUE NIDWALDNER ZEITUNG NEUE ZUGER ZEITUNG

Dorfladen Emmetten

Gericht nimmt Augenschein vor Ort

Die Lärmklage eines Arztes gegen den Volg-Laden nimmt satirische Züge an. Gestern traf sich das Gericht am Ort des Geschehens, um die Ohren zu spitzen.

VON KURT LIEMBD

«Jetzt kommt ein Rollcontainer, jetzt ein Handwagen, jetzt ein Einkaufswagen, jetzt ein voller Wagen, jetzt ein halbleerer, jetzt einer mit Gummirädern.» Fast generalstabsmässig informierte Gerichtsschreiberin Jennifer Sreball per Handy das Obergericht, welches sich einen Stock höher befand, in der Eigentumswohnung des klagenden Arztes. Fast eine Stunde verbrachte gestern das höchste Gericht mit subjektiven Lärmmessungen, um herauszufinden, ob die Geräusche aus dem Lagerraum des Dorfladens übermässig seien. Dazu teilten sich die Richter auf. Die eine Hälfte spitzte die Ohren in der Wohnung, welche über dem Laden liegt, die andere Hälfte blieb im Lagerraum des Ladens.

Dann wurde gewechselt und das ganze Rollprozedere wiederholt. Vorgängig inspizierte das Obergericht auch den Lagerplatz, bestehend aus Rollcontainern, Kartonschachteln und Harassen. Der Kläger behauptet, dieser Lagerplatz sei illegal und zweckentfremdet, obwohl die Vorinstanz, das Kantonsgericht, zum Schluss kam, «dass der Blick des Leerguts beim Durchschnittsmenschen keinerlei psychische Beeinträchtigung wie Abscheu oder Ekel hervorrufe». Doch auch beim ges-



Auf dem Platz hinter dem Volg-Laden: Gerichtspräsident Albert Müller (links) und Hans Suppiger, Rechtsanwalt des Klägers. Anschliessend berät sich das Gericht.



BILDER K. LIEMBD

trigen Augenschein störte sich der Anwalt des Klägers an diesem Lagerplatz und nahm sogar Wörter wie «Missbrauch» oder «Anarchie» in den Mund.

Jahrelanger Streit

Zum Fall: In Emmetten schwelt seit Jahren ein unerbittlicher Streit wegen Lärmmissionen.

Im Parterre befindet sich der Dorfladen Volg, gleich darüber eine Ferienwohnung, die einem Zuracher Arzt mit rumänischen Wurzeln gehört. Wenn dieser nun am Wochenende oder in seinen Ferien in Emmetten weilt, fühlt

er sich durch die Geräusche aus dem Betrieb des Dorfladens gestört. Insbesondere stören ihn und seine Familie die morgendlichen Anlieferungen sowie die Geräusche von Rollcontainern, mit denen hinter dem Haus Ware verschoben wird. Zudem machte der «Feriendoktor» aus Zurich geltend, Volg

betreibe auf zwei Parkplätzen einen offenen Lagerplatz, bestehend aus Harassen und Rollcontainern, was in der Kernzone verboten sei. Seine Klage gipfelte in der Feststellung, dass seine Wohnung als Feriendomizil kaum mehr

bewohnbar sei und rund 100 000 Franken weniger Wert habe, als er bezahlt habe.

Urteil nächste Woche

Mit Datum vom 12. Juni 2008 hat das Kantonsgericht Nidwalden seine Klage vollumfänglich abgewiesen und ihm sämtliche Kosten aufgebunden. Dieser zog das Urteil ans Obergericht weiter. Nach einer ersten Verhandlung am 8. Januar traf sich das Obergericht gestern ein zweites Mal, diesmal vor Ort. Mit ernüchterndem Resultat, denn alle gerichtlichen Vergleichsbemühungen sind gescheitert. Dazu Obergerichtspräsident Albert Müller: «Eine gütliche Lösung zur Beilegung des Streites im

EXPRESS

- Wie laut darf ein Dorfladen sein, dass Nachbarn nicht unmässig gestört werden?
- Mit der Frage befasste sich das Obergericht bei einem Augenschein in Emmetten.

Interesse der Gesamtvereinigung ist nicht möglich, deshalb wird das Gericht den Prozess umgehend entscheiden.» Das Urteil wird für nächste Woche erwartet. Dieses kann noch ans Bundesgericht weitergezogen werden.

Hochwasserschutz Obwalden

Arbeiten verzögern sich um 18 Monate

Zwischenbilanz zum Hochwasserschutz: Die Arbeiten zur Tieferlegung und Verbreiterung der Sarneraa dauern länger als geplant.

Es war eine riesige und geballte Ladung an Informationen, welche die 300 Zuhörer gestern Abend an der Informationsveranstaltung in der «Krone» in Sarnen zu hören bekamen. Die öffentliche Orientierung diene den Behörden dazu, über den aktuellen Stand der Planung zum Hochwasserschutz Sarneraal zu informieren. Im Zentrum des Interesses stand die Verbreiterung und Tieferlegung der Sarneraa.

Projektleiter Josef Hess stellte die bereits realisierten Projektschritte vor. Weitgehend abgeschlossen seien die Sondierungsarbeiten entlang der Sarneraa und im Dorfkern. Wichtige Erkenntnisse habe vor allem die Untersuchung der Grundwassersituation geliefert, so Hess. Man könne nun sagen, dass das Grundwasser von einer Tieferlegung der Sarneraa kaum tangiert würde. Möglich sei indes eine Beeinflussung von lokalen hoch liegenden Grundwasserstockwerten im Uferbereich der Sarneraa: Die Tieferlegung berge die Gefahr, dass die dichte Sohlenschicht der Sarneraa abgetragen werde und damit Flusswasser in den Grundwasserbereich sickern könnte. Dem wolle man entgegenwirken, indem man die Sohle der Sarneraa auf einer Länge von

1 Kilometer abdichte. Über den aktuellen Stand der Planung informierte weiter Viktor Schmidiger, stellvertretender Projektleiter und baldiger Nachfolger von Josef Hess. Schmidiger lud die Zuhörer zur einer «imaginären Kanufahrt» vom Sarnersee bis zum Wichelsee ein und stellte damit sehr anschaulich wichtige Elemente und Massnahmen des grossen Bauprojekts vor.

Ökologische Anforderungen

Anhand von Skizzen zeigte Schmidiger auf, wie sich die Verbreiterung der Sarneraa im seenahen Bereich auf das Landschaftsbild und die bestehende Infrastruktur auswirken würde und welche Massnahmen man im Dorfkern ergreifen müsste, um eine Tieferlegung aus baulicher, ästhetischer wie auch ökologischer Sicht realisieren zu können.

Peter Lienert, Vorsteher des Amtes für Wald und Raumentwicklung, informierte schliesslich über die Landverhandlungen. Die geschätzte Landerwerbsfläche beträgt rund 4,4 Hektaren. Die bevorstehenden Verhandlungen sind wohl mit ein Grund, weshalb man «mit dem Projekt in Verzug ist», wie Baudirektor Hans Matter sagte. Nachdem man noch vor zwei Jahren damit gerechnet hatte, den Planungskredit diesen Frühling dem Kantonsrat vorlegen zu können, wird dies nun erst im Mai 2010 geschehen. Nicht einberechnet sind allfällige Einsprachen oder ein Referendum. Frühestens Baubeginn wäre im November 2010 – damit ist man 18 Monate im Verzug. ADRIAN VENETZ



«Der Zeitplan war zu ehrgeizig und knapp.»

HANS MATTER, BAUDIREKTOR

Kantonsrat Obwalden

Mehr Zug statt Autos

In Obwalden sollen die Leute eher Zug statt Auto fahren. Die Regierung wollte darum die Abstellplätze reduzieren. Die Gemeinden wehren sich.

VON MARKUS VON ROTZ

Wenn der Kantonsrat am 13. März Änderungen im Obwaldner Baugesetz diskutiert, kommt ein Thema nicht zur Sprache: Die Regierung wollte bei Neu- und Umbauten in Bahnhofsnähe weniger Autoabstellplätze als bisher vorschreiben. Heute hat jede Gemeinde dazu andere Vorschriften. Ferner plante sie eine «effiziente und effektive» Steuerung der öffentlichen Parkplätze.

Die Gemeinden befürchteten, der Kanton wolle ihnen dreinreden, dabei sei das ihre Angelegenheit. Die Verhältnisse bezüglich Abstellplätzen seien zu unterschiedlich für eine einheitliche Regelung. Ferner sei das grössere Problem, dass Zentralbahn-Kunden ihre Autos heute oft auf unbeschränkt nutzbaren öffentlichen Gratis-Parkplätzen abstellen. Die Regierung wollte in der Nähe von Bahnhöfen das Parkieren nur mehr zeitlich befristet erlauben.

Regierung lässt nicht nach

Beide Ideen sind vorerst am Widerstand der Gemeinden gescheitert. Zum Bedauern von Baudirektor Hans Matter. Die Regierung habe via Richtplan und Gesamtverkehrskonzept den Auftrag, dafür zu sorgen, dass die Benützung des öffentlichen Verkehrs attraktiver werde. Es gebe dafür auch ein eminentes Interesse, weil die Kapazität der A2 im Raum Hergiswil-Horw erschöpft sei, sagt Matter. «Entlastungsprojekte würden dort Unsummen verschlingen.» Die Regierung werde darum das Anliegen weiterverfolgen und versuchen, mit



Ein Autofahrer zahlt für seinen Parkplatz.

BILD ESTHER MICHEL

den Gemeinden eine Lösung zu finden. «Doch wir können nicht gegen sie alle Sturm laufen.» Matter glaubt, die Gemeinden hätten den Gesamtzusammenhang mit dem öffentlichen Verkehr

zu wenig gewichtet und in erster Linie eine Beschränkung ihrer Selbstständigkeit befürchtet. Erste Priorität hätten nun Park-and-ride-Parkplätze für Zugspassagiere.